



I. Allgemeine Informationen: Barroso hält Rede zur Lage der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament (EP)

Bei seiner Grundsatzrede zur Lage der EU im EP hat EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso sich für eine Reform des EU-Finanzierungssystems eingesetzt. Das gegenwärtige System, das vor allem auf den Beiträgen der EU-Staaten beruht, sei an seine Grenzen gestoßen. Man müsse das Thema von EU-Eigenmitteln angehen. Außerdem wolle er sich für die Erschließung neuer Finanzierungsquellen, etwa zum Ausbau transeuropäischer Energienetze, für Forschung oder auch Entwicklungshilfe einsetzen, sagte Barroso. Konkret brachte er die Ausgabe projektgebundener Eurobonds, gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank, ins Gespräch und die Weiterentwicklung öffentlich-privater Partnerschaften. Mehrere Mitgliedsländer, darunter Deutschland, stehen der Idee von EU-Anleihen derzeit ablehnend gegenüber. Auch Vorschläge der Kommission für eine EU-Steuer waren bisher auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Barroso sprach auch die Abschaffung des so genannten Britenrabatts an. Die ersten Ideen für eine Revision des EU-Haushalts wurden für Ende Oktober angekündigt.

Barroso legte des Weiteren dar, was er als die

gemeinsamen Prioritäten für die Kommission und das EP ansieht. Er nannte dabei die Punkte:

- Bewältigung der Wirtschaftskrise und vernünftige Steuerung der Wirtschaft
- Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch beschleunigte Umsetzung der Reformagenda Europa 2020
- Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- Aufnahme der Verhandlungen über einen modernen EU-Haushalt und
- Stärkung der Rolle der Union auf dem internationalen Parkett.

Meines Erachtens präsentierte Barroso lediglich eine verkürzte Form seines bereits bekannten Arbeitsprogramms vor dem Plenum. Gefehlt hat die Hervorhebung der Bedeutung wichtiger Reformprojekte, wie die künftige EU-Finanzaufsicht. Dies muss ein Kernpunkt in der laufenden Legislaturperiode sein. Gefehlt hat auch ein Eingehen auf das "Europa für den Bürger". Die Bürger Europas müssen viel stärker in die Entwicklung der EU mit einbezogen werden. Vorschläge dazu kamen jedoch bedauerlicherweise nicht.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Entschliessung zur Landwirtschaft

Das EP will die Marktposition von Europas Landwirten stärken. Hierzu forderte es in einer Entschliessung unter anderem die Einhaltung einer Zahlungsfrist von höchstens 30 Tagen für den Handel mit Lebensmitteln, um zu vermeiden, dass Landwirte zu lange auf die

Bezahlung ihrer Ware warten müssen. Zudem sollen die Wettbewerbsregeln in der Lebensmittelversorgungskette gezielter angewendet werden. Auch gegen Verkäufe von Lebensmitteln unter Einstandspreis sowie gegen die „desaströsen Schwankungen“ an den Nahrungsmittelbörsen müsse etwas getan werden, betonten die Abgeordneten.

2. EP fordert Tempo bei der Integration

Das EP hat mit großer Mehrheit einen Bericht zur Schweiz und ihrer Integration in den EU-Binnenmarkt verabschiedet. Darin fordern die Abgeordneten mehr Tempo beim Abschluss bilateraler Abkommen und eine Lösung für institutionelle Fragen. Der Bericht ist nicht bindend, wird aber an die EU-Kommission und den Rat überwiesen.

3. Richtlinie über Tierversuche

In der EU soll der Schutz von Versuchstieren verbessert werden. Darauf zielt eine Richtlinie ab, die das EP in zweiter Lesung verabschiedet hat. Diese soll die bisherigen Regelungen aus dem Jahr 1986 ersetzen. Die Abgeordneten stimmten einem Kompromiss zu, der nach zweijährigen Verhandlungen mit den EU-Staaten vereinbart wurde. Diese haben nun zwei Jahre Zeit, um den Text in nationales Recht umzusetzen. Der Neuregelung zufolge sollen Tierversuche zu wissenschaftlichen Zwecken in der EU nur noch erlaubt sein, wenn es keine alternativen Testmethoden gibt. Tödliche Tierversuche sollen nur genehmigt werden, wenn die Versuchstiere mit „geringst möglichen Schmerzen, Leiden und Ängsten“ getötet werden - und wenn verwertbare Ergebnisse erzielt werden können.

bare Ergebnisse erzielt werden können. Versuche mit Schimpansen, Gorillas und Orang-Utans sind verboten. Mit der Neuregelung wird des Weiteren ein strenges Kontrollsystem eingeführt, einschließlich unangekündigter Kontrollen.

4. Abkommen über Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen

Am Mittwoch befasste sich das EP mit dem internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Produktpiraterie (ACTA). In einer Erklärung pochten die Abgeordneten auf noch mehr Offenheit und kritisierten, dass das Abkommen weit über die bloße Bekämpfung von Produktpiraterie hinausgeht. Unklar bleibt nach Auffassung der Abgeordneten, ob mit Hilfe des Abkommens eine schleichende Einführung von Softwarepatenten, eine Drittverantwortlichkeit von Internet Providern und Maßnahmen wie Internetsperren erreicht werden sollen. Auch gibt es noch Klärungsbedarf bei den Regeln für Herkunftsangaben. Die EU muss sichergehen, dass Bezeichnungen wie "Parmesan" oder "Champagner" nicht von der US-Industrie verwendet werden dürfen.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Freihandelsabkommen mit Südkorea
- Lage der Roma in der EU
- Überflutungen in Pakistan
- Schaffung „grüner“ Arbeitsplätze
- beschäftigungspolitische Leitlinien
- Anhörung zu Postdiensten
- Bessere Rechtssetzung
- Vollendung des Binnenmarkts für Postdienste
- Langzeitpflege für ältere Menschen
- Zustand des Jordans

- Menschenrechte in Syrien

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:
<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Oldenburger Str. 97
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion